

DEM GEA FOLGEN & INFORMIERT BLEIBEN



DEMOKRATIE

Verpachtung der Windkraftanlage: Engstinger Bürger sollen entscheiden

Werden kommunale Flächen für Windkraftanlagen verpachtet? Engstingen entscheidet am 25. Juni

Von [Steffen Wurster](#) 31.03.2023, 14:03



Morgenrot oder Götterdämmerung der Windkraft? Die Engstinger haben es in der Hand. FOTO: PLEUL/DPA

ENGSTINGEN. Jetzt hat es der Gemeinderat beschlossen, in Engstingen wird es einen Bürgerentscheid für oder gegen die Verpachtung von Gemeindeflächen für den Bau von drei Windrädern geben. Abgestimmt wird über die Frage »Sind Sie gegen die Verpachtung von Gemeindegrundstücken für die Einrichtung von Windkraftanlagen an den Standorten Hau, Scheiterhau und Schönbergle?«.

Bürgerentscheide müssen mit Ja oder Nein beantwortet werden können. Es gibt also immer zwei klare Positionen – oder Parteien –, die den Bürgern so auch dargelegt werden müssen. Dabei ist Fairness oberstes Gebot. Argumente für die Verpachtung werden von Gemeinderat und Verwaltung gesammelt. Gegen die Verpachtung setzt sich die »Bürgerinitiative Windkraftanlagen« ein. Die Vertrauensleute der Initiative – Sabine Wälder aus Großengstingen, Marcus Geiger aus Kleinengstingen und Gudrun Glück aus Kohlsetten – werden ihre Sicht der Dinge darstellen. Gleichberechtigt: Die Bürgerinitiative wird bei einer Informationsbroschüre und bei der Vorbereitung eines Bürgerinformationsabends mitentscheiden können.

»Der ländliche Raum wird wie eine Kolonie behandelt«

Worum geht es bei dem Bürgerentscheid? In seiner Januarsitzung hat der Gemeinderat der Verpachtung von gemeindeeigenen Flächen an den Standorten Hau, Scheiterhau/Neubuch und Schönbergle grundsätzlich zugestimmt. Der Bürgerentscheid richtet sich gegen diesen Beschluss. Es geht also nicht um die Frage, ob sich in naher Zukunft in Engstingen Windräder drehen werden. Windkraftanlagen sind »privilegiert«, es braucht keinen Bebauungsplan, die Gemeinden haben wenig Mitspracherechte. Projektierer können direkt mit Grundstückseigentümern verhandeln, wie etwa mit der Holzgerechtigkeit in Aichelau oder mit Landwirten in Münsingen. Und in Gomadingen verpachtet der Staatsforst Flächen, ohne sich großartig um lokale Befindlichkeiten zu kümmern. Wo prinzipiell gebaut werden kann, gibt der Regionalverband Neckar-Alb vor, der jetzt seine »Suchraumkarte Windenergie« online gestellt hat. Da gibt es viel Platz rund um Engstingen.

»Falls Sie Erfolg haben, werden Sie sich lange entschuldigen müssen«

Der Gemeinderat hat die Flucht nach vorne ergriffen: Auf eigenen Flächen kann Engstingen mitreden, von der Pacht profitieren und hat Argumente gegen Begehrlichkeiten des Regionalverbands.

Die Bürgerinitiative steht Windrädern kritisch gegenüber, egal, wem der Wald oder Acker gehört. Sabine Wälder machte das im Gemeinderat klar, sie begründete das Bürgerbegehren (siehe Box) mit grundsätzlichen Überlegungen zur Windkraft. Windräder verändern das Landschaftsbild, mit all den geplanten Projekten werde Engstingen umzingelt. Die Propeller könnten Folgen für die Gesundheit haben – »nicht bei jedem, vielleicht nicht bei vielen, aber doch bei einigen«. Wälder, die mit Geiger und Glück die Bürgerinitiative im Gemeinderat vertrat, bemängelt auch, dass die Ballungsgebiete ihre Anlagen auf der Alb ansiedeln würden: »Der ländliche Raum wird wie eine Kolonie behandelt.«

DER WEG ZUM BÜRGERENTSCHEID

Bevor am 25. Juni abgestimmt wird, gilt es, einige Regeln zu beachten

Am 18. Januar hat der Gemeinderat der Verpachtung von Flächen zugestimmt und die Verwaltung mit Verhandlungen mit dem Projektierer Windkraft Schonach beauftragt. Am 22. Februar wurde von der »Bürgerinitiative Windkraftanlagen« (BIW) ein Bürgerbegehren schriftlich beantragt. Verhandlungen mit der Windkraft Schonach wurden daher noch keine geführt. Einem Bürgerentscheid geht ein Bürgerbegehren voraus. Umgangssprachlich erklärt ist das der in eine bürokratische Form gegossene Wunsch der Bürger nach einem Bürgerentscheid. Die BIW hatte bis zum 20. April Zeit, diese Frist wurde eingehalten. Das Bürgerbegehren muss von mindestens sieben Prozent der Stimmberechtigten unterstützt werden, die BIW hat 697 Stimmen gesammelt, davon waren 542 gültig. 297 Stimmen hätten gereicht. Die Fragestellung muss eindeutig mit Ja oder Nein beantwortet werden können, das ist gegeben. Vor einem Bürgerentscheid muss den Bürgern laut Gemeindeordnung die Sicht der Gemeindeorgane – Bürgermeister und Gemeinderat – in einer Informationsschrift dargelegt werden. Spätestens bis zum 20. Tag vor der Abstimmung. Die Vertrauenspersonen der BIW dürfen in gleichem Umfang ihre Positionen darstellen. Das wurde in Engstingen so beschlossen, jede Seite darf zwei Seiten füllen. Ebenfalls beschlossen wurde eine Einwohnerversammlung zur Information, der Termin steht noch nicht fest. Als Moderator wurde Alt-Landrat Thomas Reumann vorgeschlagen. Für einen Bürgerentscheid gelten die gleichen Regeln wie für eine Bürgermeisterwahl, er wird von einem Wahlausschuss geleitet. Im Wahlausschuss sitzen Bürgermeister Mario Storz von Amts wegen als Vorsitzender, sein Stellvertreter ist Martin Staneker. Beisitzer sind Josef Leippert, Iris Kemmer und Hans Martin Hipp. Wahltag ist Sonntag, 25. Juni. (wu)

Im späteren Verlauf der Sitzung wurde sie deutlicher. Rat Ulrich Gundert fragte, wo, wenn nicht auf den Gemeindeflächen, sich Windräder drehen sollten. Wälder: »Das spielt für uns keine Rolle. Gemeinden, die sich wehren, kommen in der ersten Charge nicht zum Zuge. Man kann den Bau rauszögern, und vielleicht kippt die Stimmung in Zukunft.« Wälder machte aber auch klar, dass es hier und jetzt um den Bürgerentscheid, nicht um Windkraft an sich, gehe. Die Engstinger, die das Bürgerbegehren unterstützten, seien oft nicht gegen Windkraft, aber trotzdem für den Bürgerentscheid gewesen, erzählte sie. Mit einem Bürgerentscheid hätten die Gemeinderäte, die das Wort ergriffen, und

der Bürgermeister kein Problem. »Ich bin froh, dass ich das nicht entscheiden muss«, hatte ein Bürger nach dem Gemeinderatsbeschluss für die Verpachtung zu Bürgermeister Storz gesagt: »Jetzt liegt die Verantwortung doch auf seinen Schultern.«

Mit der Fragestellung hatten aber einige ihre Schwierigkeiten. Rat Rudi Giest-Warsewa etwa meinte, dies sei kein »taktisch kluger Bürgerentscheid: Es passiert das Gegenteil von dem, was Sie wollen.« Wenn die Gemeinde zurücktritt, würden die Anlagen an anderer Stelle entstehen, »da, wo wir es nicht wollen«. Vielleicht näher am Ort, außerdem würden die Pachteinnahmen wegfallen. »Falls der Entscheid in Ihrem Sinn erfolgreich ist, werden Sie sich auf lange Zeit entschuldigen müssen.«

Die Räte legten Wert darauf, sich ihren Entschluss für die Verpachtung nicht leicht gemacht zu haben. Die Mehrheit war der Meinung, dass es besser sei, selbst aktiv zu werden, bevor es der Regionalverband tut. So habe man Einfluss auf die Standortwahl, die Zahl der Windräder wurde von angedachten vier auf drei Anlagen reduziert, und der Projektierer Windkraft Schonach hat zu prüfen, ob auf dem Feld und nicht im Wald gebaut werden kann. Wichtig war dem Rat in der Januarsitzung auch, dass die Pacht ins Gemeindefiskus fließt, für all die Pflichten, die kommunal zu schultern sind.

Wie geht es weiter? Die Engstinger werden abstimmen. »Ja« bedeutet, dass die Gemeinde zumindest an den drei genannten Standorten nicht verpachtet. »Nein« heißt, dass der Wähler der Verpachtung zustimmt und die Windräder im Gemeindefeld kommen können.

»Mehr Legitimierung als einen Bürgerentscheid gibt es nicht«

Vorher werden die Engstinger in einer Informationsbroschüre aufgeklärt, und es wird eine weitere Informationsveranstaltung geben. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, dass wie bei einer Veranstaltung im Dezember das Forum Energiedialog Baden-Württemberg den Abend moderiert. Das stieß bei den Vertrauensleuten der Bürgerinitiative auf wenig Gegenliebe. Sie sehen im Forum eine »Propagandatruppe des Umweltministeriums«. Wälder schlug vor, dass Bürgermeister Storz die Moderation übernimmt. Der sah sich nicht als erste Wahl, da er für den Gemeinderat die Gestaltung des Flyers begleitet und daher nicht so unabhängig sei, wie zu wünschen wäre. Samir Halabi brachte Alt-Landrat Thomas Reumann ins Spiel, der schon beim Windpark Hohfleck moderierte. Bürgermeister Storz wird bei Reumann anfragen.

Am 25. Juni ist der Tag der Wahrheit. Der Vorschlag, der die einfache Mehrheit erreicht, hat gewonnen – sofern diese mindestens 20 Prozent der Stimmberechtigten beträgt, also rund 850 Kreuzchen. Sonst gilt's nicht. Egal, wer letztlich die Nase vorne hat: »Eine stärkere demokratische Legitimierung als einen Bürgerentscheid gibt es nicht«, lautete das Schlusswort von Bürgermeister Storz. (GEA)

ENGSTINGEN